

Rede zu Protokoll gegeben!



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 451/2015
Kiel, Freitag,
18. Dezember 2015

Wirtschaft/Industriepolitik

Christopher Vogt: Die Landesregierung muss durch konkrete Taten zeigen, dass sie die Stärkung des Industriestandortes ernst nimmt

In seiner Rede zu TOP 31, 32 und 33 (Industriepolitik) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Ich freue mich, dass wir uns so kurz vor Weihnachten erneut mit einer wichtigen politischen Initiative der FDP-Fraktion befassen. Ich bin fest davon überzeugt, dass unser Bundesland eine Diskussion über das Thema Industriepolitik braucht. Das ist ein wichtiger Baustein, um hier insgesamt zu besseren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu kommen, die ja wiederum die Grundvoraussetzung für die Sicherung und Schaffung von attraktiven Arbeitsplätzen, guten Einkommen und besseren Lebenschancen gerade für junge Menschen ist.

Es ist natürlich ausgesprochen bedauerlich, dass unser erster Antrag zu diesem Thema, mit dem wir bereits im vergangenen Jahr ein industriepolitisches Konzept des Landes gefordert haben, trotz umfangreicher Anhörung im Wirtschaftsausschuss mit zahlreichen positiven Rückmeldungen offenbar keine Mehrheit finden wird. Angesichts der Tatsache, dass die Landesregierung zwischenzeitlich im Wirtschaftsministerium ein eigenständiges Industrireferat eingerichtet und auch eine industriepolitische Strategie beschlossen hat, können wir dies jedoch einigermaßen verschmerzen. So ist das nun einmal auf den harten Oppositionsbänken.

Entscheidend ist, dass unsere Anträge wirken, auch wenn sie von den regierungstragenden Fraktionen mit recht fadenscheinigen Begründungen abgelehnt werden. Ich möchte es anstandshalber an dieser Stelle aber nicht versäumen, Wirtschaftsminister Meyer, der die Idee unseres Antrages aufgegriffen hat, an dieser Stelle meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Er ist da mal wieder etwas weiter als die Koalitionsfraktionen.

Aber im Ernst: Auf dem Weg zu einer sinnvollen Industriepolitik kann es natürlich nur ein erster Schritt sein, das Ministerium entsprechend anders zu organisieren, Papiere zu beschließen und Regierungskongresse zu veranstalten.

In einem Bundesland, das natürlich nicht zu den klassischen Industriehochburgen Mitteleuropas zählt, ist auf jeden Fall schon einmal nicht so schlecht, dass nicht nur eine breite Mehrheit hier im Hohen Hause, sondern auch Gewerkschaften, Kammern, Unternehmensverbände und auch Vertreter der Wissenschaft mittlerweile zur Notwendigkeit einer aktiven Industriepolitik bekennt.

Die industriepolitische Strategie der Landesregierung geht zwar in die richtige Richtung, sie ist jedoch aus unserer Sicht völlig unzureichend, um den industriepolitischen Herausforderungen auch wirksam zu begegnen. Uns fehlen darin z.B. klare Zusagen der Landesregierung, die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern, die Kooperationen mit Hamburg konkret auszubauen oder auch die gezielte Stärkung von Forschung und Entwicklung sowie Maßnahmen zum Bürokratieabbau.

Die Stellungnahmen, die uns im Rahmen der schriftlichen Anhörung zu unserem Antrag erreicht hatten, haben ja deutlich gemacht, dass ein industriepolitisches Konzept für Schleswig-Holstein nicht nur wünschenswert, sondern dringend erforderlich ist. Die schleichende De-Industrialisierung Deutschlands schreitet in Schleswig-Holstein schließlich schneller voran als im Bundesdurchschnitt. Deshalb muss hier endlich deutlich mehr getan werden, damit dieser Trend schnellstmöglich zunächst gestoppt und dann umgekehrt wird. Schleswig-Holstein hat aus unserer Sicht im Bereich der Industrie noch sehr Potential.

Kollege Matthiessen, Sie hatten ja im Ausschuss zur Begründung Ihrer Ablehnung unseres ersten Antrages gesagt, es sei inhaltlich falsch, dass wir formuliert haben, dass es das Ziel sein müsse, dass unser Bundesland bei bestimmten wirtschaftlichen Parametern bis 2030 ‚wieder‘ im Bundesdurchschnitt liegen soll, weil dies ja nie der Fall gewesen sei. Damit haben Sie vermutlich Recht. Deshalb haben wir das Wörtchen ‚wieder‘ dann auch gestrichen. Sie haben dann gesagt, dieses Ziel sei aber auch völlig unrealistisch. Ich bin der Meinung, dass meine ehrgeizige Ziele braucht, um erfolgreich zu sein. Ich bin auch davon überzeugt, dass die Digitalisierung unserem Bundesland da gewaltige Chancen bieten wird. Die Digitalisierung wird die Industrie in den nächsten 15 Jahren so stark verändern wie es seit über 100 Jahren nicht mehr der Fall gewesen ist. In der IHK-Studie zur Industrie in Schleswig-Holstein war eine gute Internetverbindung übrigens der am meisten genannte Punkt.

Die Landesregierung muss nun durch Taten und der Umsetzung konkreter Maßnahmen zeigen, dass sie die notwendige Stärkung des Industriestandortes auch tatsächlich ernst nimmt und anpackt. Dafür muss das geschmiedete Bündnis für Industrie jetzt mit Leben gefüllt werden und die Wirtschaftspolitik der Landesregierung in vielen Punkten korrigiert werden. Entscheidend sind am Ende eben nicht Papiere und Veranstaltungen, sondern die Umsetzung von sinnvollen Maßnahmen zur Steigerung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Mit Blick auf die Unterstützung von wirtschaftsfeindlichen

Projekten der Bundesregierung, z.B. aktuell bei der Reform der Erbschaftsteuer, habe ich jedoch große Zweifel, ob sie daran wirklich interessiert ist. Der peinliche Begrüßungsantrag der regierungstragenden Fraktionen sagt eigentlich alles: Keinerlei eigene Akzente und dazu auch noch eine Falsch-aussage. Wir werden die Beschlussempfehlung ablehnen und an dem Thema dranbleiben!“